

16. Juli 2014

### Branche warnt vor Ausbau-Stopp auf See

#### **„Rendsburger Appell“ mit 16 Empfehlungen zum Offshore-Ausbau veröffentlicht**

HUSUM/ RENDSBURG – Rund 20.000 Beschäftigte sind deutschlandweit in der Offshore-Branche aktiv, davon ca. 2.000 in Schleswig-Holstein. Bis 2020 können es rund 30.000 in Deutschland und 3.000 Arbeitnehmer im nördlichsten Bundesland sein – wenn weiter in Offshore-Windenergie investiert wird. Im „Rendsburger Appell“ empfiehlt die Windkraftbranche unter Koordination der Netzwerkagentur windcomm schleswig-holstein Landes- und Bundespolitikern, stabile und verlässliche Rahmenbedingungen für die Windkraft auf See zu schaffen.

Das novellierte Erneuerbare-Energien-Gesetz schafft Investitionssicherheit für höchstens zwei Jahre. Schon 2016 sollen neue Marktregeln in einem überarbeiteten Erneuerbare-Energien-Gesetz (in der Branche bereits „EEG 3.0“ genannt) festgelegt werden. „Wir wollen, dass die Regeln so ausgestaltet werden, dass mittelständische Unternehmen weiterhin eine Chance am Markt haben und der Ausbau nicht zum Erliegen kommt“, sagt windcomm-Projektkoordinator Dr. Matthias Hüppauff. „Dazu müssen die Rahmenbedingungen aber transparent und verlässlich sein“, gibt er zu bedenken.

Eine der zentralen Empfehlungen des Rendsburger Appells ist es daher, dass die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für den Strommarkt bis zum Ende dieses Jahres festlegt und die Branche in die Ausgestaltung einbindet. „So weiß jeder, was auf ihn zukommt und kann seine Projektplanungen und Investitionen entsprechend anpassen“, erklärt Renate Duggen, Vorstandsvorsitzende von windcomm. Mit Blick auf die Energiewende und die Branche sei auch der Strom aus den Windparks auf See stärker in den Regelenergiemarkt einzubinden. Regelenergie dient dazu, Versorgungslücken in windschwachen und sonnenarmen Zeiten im Stromnetz auszugleichen, und wird bisher überwiegend durch fossile Kraftwerke bereitgestellt. „Mit rund 8.000 Betriebsstunden im Jahr, kontinuierlicher Netzeinspeisung und guten Ertragsprognosen hat die Offshore-Windenergie das Potenzial zum Regelenergie-Lieferanten“, sagt Duggen. „Hier müssen langfristig entsprechende Vergütungs- und Anreizstrukturen durch die Bundesregierung geschaffen werden.“

## Pressemitteilung

---

windcomm-Projektkoordinator Dr. Hüppauff betont außerdem: „Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist es, die Strompreise für die Verbraucher stabil zu halten. Das funktioniert nur, wenn der Strommarkt neu geordnet wird. Wir empfehlen, die feste Einspeisevergütung für Windstrom auch in der Offshore-Branche noch für eine Übergangszeit weiter zu zahlen, bevor die Vergütungshöhe möglicherweise über Ausschreibungen ermittelt wird.“ Die Ausschreibungsbedingungen müssen nach Meinung der Branche und windcomm sehr sorgfältig festgelegt und in der Praxis erprobt werden, „damit nicht an Sicherheit oder Qualität gespart und die Projekte auch wirklich realisiert werden.“

Die Thesen zum „Rendsburger Appell“ wurden während der Offshore-Fachtagung OBMC (Offshore Business Meetings and Conference) Anfang Juli in mehreren Workshops ausgearbeitet. Während der Veranstaltung wurden auch Empfehlungen zur Realisierung von Kostenreduktionen und der Entwicklung von Innovationen entwickelt. Auch hier sieht die Branche besonders den Bund in der Pflicht, einen einheitlichen Rahmen zu schaffen und Verfahren zu vereinfachen. windcomm, eine vom Land Schleswig-Holstein geförderte Netzwerkagentur zur Unterstützung der Windbranche, hatte die Veranstaltung in Rendsburg organisiert. Beteiligt waren Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und den Verbänden.

Der „Rendsburger Appell“ kann unter [www.windcomm.de](http://www.windcomm.de) heruntergeladen werden.

**Kontakt:** *windcomm schleswig-holstein* - Netzwerkagentur Windenergie, Schloßstraße 7, 25813 Husum, E-Mail: [info@windcomm.de](mailto:info@windcomm.de), Internet: [www.windcomm.de](http://www.windcomm.de), V.i.S.d.P.: Dr. Matthias Hüppauff